



von Helmut Markwort

## Die Geheimdienste wollen ihre Quellen in der AfD nicht verlieren

Montag

**W**as sollen wir tun mit den Spionen? Diese Frage müssen sich verschiedene Nachrichtendienste stellen, seit Mitglieder der AfD im Bayerischen Landtag ihre Fraktion und ihre Partei verlassen. Die Problematik verschärft sich, weil weitere Abgeordnete der AfD darüber nachdenken, ob sie ebenfalls austreten sollen. Sie könnten Agenten, V-Leute oder Informanten von Geheimdiensten sein und damit Konflikte bei ihren Auftraggebern auslösen.

Um es hier ganz klar und deutlich zu erklären: Ich verdächtige keinen einzigen der AfD-Vertreter konkret, ein V-Mann oder eine Agentin zu sein. Dafür habe ich nicht das geringste Indiz.

Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die Nachrichtendienste ihre Ziele professionell verfolgen und sich hochrangige Quellen auch bei dieser Partei gesichert haben. Wo immer sich eine Partei gründet und etabliert, die verdächtigt wird, am rechten oder linken Rand unseres Parteienspektrums zu agieren, wollen die Geheimdienste von Anfang an dabei sein. Wir kennen diese Methode von verschiedenen Neugründungen, und sie ist inzwischen auch an höchster Stelle gerichtsbekannt. Als die NPD wegen Verfolgung verfassungswidriger Ziele verboten werden sollte, mussten die Richter in Karlsruhe lernen, dass die Partei in vielen Gliederungen und auch in der Spitze von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes durchsetzt war.

Es schien sogar möglich, dass bei Sitzungen von NPD-Gremien mehrere Agenten gemeinsam tagten und entscheiden, ohne gegenseitig von ihrer zweiten Tätigkeit zu wissen.

Eine solche Situation ist auch in der AfD möglich. Ein V-Mann ist nicht viel wert, wenn er nur ab und zu an der Versammlung seines Ortsverbands teilnimmt. Er muss in der Partei aufsteigen und Karriere machen, damit seine Auftraggeber erfahren, was gedacht und geplant wird. Schon bei Gründung der AfD haben die Dienste ihre Fäden gesponnen. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat der Verfassungsschutz des Freistaats Bayern in verschiedenen Bezirken Mitglieder eingeschleust oder später angeworben. Der Verfassungsschutz des Bundes, der sich nicht gern auf die selbstständigen und von Natur aus geheimniskrämerischen Landesbehörden verlässt, organisiert oft eigene Quellen.

Der Bundesnachrichtendienst ist nur für das Ausland zuständig, kann aber Vertrauensleute in einer deutschen Partei rechtfertigen, wenn er Kontakte in andere Länder verfolgen will, beispielsweise nach Österreich, Italien oder Russland. Da der BND in Pullach bei München immer noch mit vielen offiziellen Mitarbeitern vertreten ist, dürfte es ihm besonders leichtgefallen sein, Vertraute in der bayerischen AfD zu platzieren.



**Tatort Bayerischer Landtag** Die AfD (sitzt ganz rechts) könnte von Agenten durchsetzt sein

Die Erfahrung lehrt auch, dass Nachrichtendienste aus Russland, den USA und Israel besonders ehrgeizig sind und gern aus eigener Beobachtung wissen wollen, wie sich eine Partei wie die AfD entwickelt. Selbstverständlich verbieten es sich die Geheimdienste, über ihre Erfolge zu reden, aber mit professionellem Geschick dürfte es ihnen gelingen sein, mit dem bundesweiten Erfolg der AfD auch in die Parlamente aufzusteigen.

In der bayerischen Fraktion wissen die Mitglieder nicht, wer von ihnen Dienste informiert. Es kann sogar ein und dieselbe Person für mehrere arbeiten und damit auch mehr Fachagentenhonorar kassieren. Selbstverständlich steuerfrei. Die Dienste haben ihre Zahlungsmethode mit den Finanzbehörden ausgehandelt. Nicht geregelt ist aber der Austritt oder der Verbleib einer Quelle. Nicht in jeder Situation hat der Führungsoffizier die Kontrolle über seinen Informanten. Wenn einer aus Verärgerung die Partei verlässt, verliert er seinen Wert als Quelle. Die Dienste betreiben nicht die Auflösung einer Partei, sondern wollen Informationen sammeln. Das Beispiel der NPD hat gezeigt, dass Spione am längsten ausgeharrt haben. Sie hätten die Partei am Schluss übernehmen können.

Falls aber die Auflösung der bayerischen Fraktion fortschreitet, könnten die Verfassungsschützer eine Notlösung anstreben. Wenn Ex-AfDler, die Quellen waren, bei der CSU oder den Freien Wählern unterkommen, könnten die Dienste diese Parteien ein wenig anzapfen.

A bissl was bringt's immer.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Foto: dpa